

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer



56. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbeförderungsgebühr. Für Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 26. Januar 1918

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Versammlungs-, Vergütungsinserate usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 11

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Artikel: Zensurkrieg.

Gewerkschaftsrevue: Aus der Jahresrückschau der freien und der christlichen Gewerkschaften. — Eine Denkschrift des Vereines Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller. — Der Bayerische Industriellenverband über Arbeiterfragen der Zukunft. — Persönliche Einzelstimmen von Unternehmern.

Korrespondenzen: Dantsig. — Hildesheim. — Sibirien. — Krefeld. — Plozheim. — Münster. — Auedlinburg. — Rühringen-Wilhelmsdorf. — Waldenburg.

Handel: Fünftausend Verbandsmitglieder Inhaber des Eisernen Kreuzes! — Die Buchdrucker als Schwere- und Schwerstarbeiter. Wegen Hochwassers den Betrieb eingestellt. — Auch ein Zeitungsverbot. — Ein Einspruch gegen die Behauptung unbefugter Ertragsgewinne im Buchhandel. — Richard Galmer über das sozialpolitische Programm der freien Gewerkschaften. — Starke Mitgliederzunahme des Metallarbeiterverbandes. — Kampflose Lohnregulierung. — Kritizieren ist noch kein Aufwiegeln.

□ □ □ □ □ Zensurkrieg □ □ □ □ □

Eine Woche lang hat der Hauptausschuß des Reichstags sich sehr eingehend und nachdrücklich wiederum mit den Zensurmißständen und den gleich üblen Erscheinungen des Belagerungszustandes beschäftigt. Es sind dies hochpolitische Debatten von häufig großer Schärfe, in denen immer mehr die Friedensfrage zum Mittelpunkt wird. Aber auch gewerkschaftliche Interessen und materielle Fragen spielen eine gewichtige Rolle mit. Versammlungen nicht nur politischer Natur, sondern auch solche rein wirtschaftlichen Charakters unterliegen dem militärischen Machtverbot, wenn auf dem entscheidenden Posten mit den in dem verrosteten Belagerungszustand gelegenen Mitteln ein Gebrauch gemacht wird, wie er in untrübe Zeit von vornherein ausgeschlossen sein sollte. Im vorigen Herbst hatte man sich in Schlesien in dieser Richtung stark engagiert, in Berlin bestehen jetzt noch Hemmungen solcher Art, wenn auch nicht mit derartig scharfen Kanten. Was die Verlage an geschäftlichen Einbußen und die Personale schließlich an materiellen Schädigungen von einem Zeitungsverbot erleiden, ist in einer Entbehrungszeit wie der jetzigen für die Presse wirklich nicht auch noch zu verschmerzen. Gerade die Arbeiterblätter spüren in zunehmender Weise, daß der Krieg schon ohne diese unheilvollen Zugaben ihnen die Existenz ungemein erschwert. Ob „regierungssozialistisch“ oder „unabhängig“, die Unterbilanz geht mehrfach bereits in die Hunderttausende.

Wenn Zensurstellen dazu übergegangen sind, wie Abgeordneter Gothein jetzt sagte, unter Berufung auf die Papiernot Zeitungsartikel zu verbieten, so läge es dem Sinne solcher Rücksichtnahme ja näher, lieber gleich das ganze Blatt vom Erscheinen zu entbinden, um auf diese Weise weit mehr zur Bekämpfung der Papiernot zu tun, wozu man seitens der Behörden sonst nicht viel merkt. Solche Bundesgenossenschaft bei der Abstellung einer in unnötig scharfer Weise sich ähnelnden Notlage lehnen die Buchdrucker gern ab. Man bringe der Presse für die ideellen Erfordernisse des Volkes und ihre andern Lebensnotwendigkeiten nur sonst das notwendige Interesse entgegen und behandle die „siebente Großmacht“ nicht wie eine unter Polizeiaufsicht stehende Person.

In diesen Tagen hat eine Aufhebung des Belagerungszustandes stattgefunden. Das Regierungsorgan bemerkte zu diesem verkündigen Akt, er werde überall einen sehr guten Eindruck hervorrufen, Während in einigen feindslichen Ländern neue Verfolgungen eingeleitet seien, um den Krieg fortzusetzen, zeige sich an der Befreiung des Belagerungs-

zustandes (mit Ausnahme der Kriegszonen), „von welchen Gefühlen Regierung und Nation wechselseitig befeelt sind“. In einem Lande der Halb- oder Viertelkultur, in der Türkei, hat die Regierung mit dieser Maßnahme jetzt der Leistung des hochzivilisierten Deutschen Reiches und hat die türkische „Norddeutsche Allgemeine“, der „Tanin“, mit dem Kommentar dazu dem sankten Deutschen Reichstag ungewollt eine Situation bereitet, die faktisch nicht von Pappe ist. Der Abgeordnete Heine, ein Spezialist auf dem Zensurgebiete, von dem in den jüngsten Debatten der denkbar schärfste Zwischenruf gegen gewisse Zensoren fiel, hatte, weil mit Resolutionen gegen militärische Stellen nichts auszurichten sei die Befreiung des preussischen Belagerungszustandsgesetzes vom 9. Juni 1851 beantragt und dafür Bestimmungen vorgeschlagen, unter denen sich auskommen ließe in der Kriegszeit, da auch der Reichstag hätte eingreifen können. Der Abgeordnete Haase verlangte die radikale Aufhebung der nachmärzlichen Gesetzesgebung, deren Legitimität für ganz Deutschland in einem früheren Stadium schon Zweifeln begegnete. Es wurde ein Unterschuß für den Heineschen Antrag eingeleitet. Aber hier zeigte sich, was eine verbitternde Gewohnheitserscheinung geworden ist: den Mut zur Tat fand man nicht! Nur die beiden sozialdemokratischen Fraktionen mit der Fortschrittlichen Volkspartei waren für einen solchen ausgreifenden Schritt zu haben. Aus einem vielerlei von andern Vorschlägen beschloß dann der Hauptausschuß die Errichtung einer militärischen Zentralinstanz als Aufsichtsstelle und Beschwerdestelle für die Anordnungen der Militärbefehlshaber, soweit sie sich nicht auf die Zensur sowie das Vereins- und Versammlungsrecht beziehen, und auf die Einsetzung des Reichskanzlers als Aufsichts- und Beschwerdestelle für die Handhabung der Zensur und des Vereins- und Versammlungsrechtes. Der Regierungsvertreter äußerte zudem noch schwere Bedenken gegen diese Zangengeburt.

Ein großer Aufwand ist einmal wieder schmachlich verthan! Die Türkei hat das großmächtige Deutschland ideell um diverse Pferdelaugen geschlagen. Bei uns wird weiter gequacksalbert, obwohl am 11. Oktober 1917 der Reichstag bereits das erste Jubiläum mit den Zensurdebatten vermerken konnte und diesmal über die Willkür der Generalkommandos noch schärfere Töne erklangen. Die Reichsregierung ist allerdings der Meinung, es sei eine wesentliche Milderung der Zensur eingetreten, die langen und gemäßigten Verhandlungen jetzt aber zeugten vom strikten Gegenteil.

Die vielstaatliche Gliederung des Deutschen Reiches, auf dem Ernährungsgebiete und sonst noch ein schwer empfindender Mißstand, erweist sich hier als ein wahrer Glücksumstand. In Bayern, Württemberg, Hessen und selbst in dem brav reaktionär regierten Sachsen hat sich im allgemeinen die Zensur in erträglichen Grenzen gehalten. Baden bekundet nach der Mannheimer Vaterlandsparteiverammlung Preußen nun treue Gefolgschaft in der scharfen Anwendung der Bestimmungen des Belagerungszustandes. In Preußen sorgen namentlich die Zensurstellen in Berlin und Münster dafür, daß die Zensurpraxis nicht gemildert wird, und daß es dem Reichstage an Gelegenheit zu Zensurdebatten nicht gebricht. Und was da bis Mitte dieser Woche alles in das Licht der nur den Parlamenten möglichen Kritik gerückt wurde!

Der Krieg um den Frieden mit den starken Gegenoffensiven der Deutschen Vaterlandspartei, für deren Gemeingefährlichkeit die Beispiele sich schnell anhäufen, gibt dem Zensurkriege mehr und mehr Verschärfung. Die Verbote des „Vorwärts“ wie des „Berliner Tageblatts“ in dieser Woche aus Anlaß des Ernährungsnot- und des Friedenswillensstreiks in Österreich, Ungarn und Böhmen offenbarten eine solche Ratlosigkeit der verfügbaren Stellen, daß man sprachlos ist. Der Hauptausschuß redete wenigstens angelichselig dieser Vorkommnisse eine deutliche Sprache. Der „Vorwärts“ wurde früher wieder freigegeben und das nachfolgende Erscheinungsverbot des „Berliner Tageblatts“ veranlaßte den „kleinen Reichstag“ zu einer einstimmig angenommenen Vorstellung an den Reichskanzler, diese Maßnahme alsbald wieder rückgängig zu machen. Das „zunächst auf die Dauer von drei Tagen“ verbotene Moseblatt konnte darauf noch am Tage des Verbots wieder erscheinen, es fiel also nur eine Nummer aus.

In der gegenwärtigen, mit Konfliktsgefahren überladenen Lage müssen die Grundgedanken des Volkes respektiert werden! Die aber kommen nicht zum Ausdruck in Depeschenfüllen, aufreizenden Reden alldemokratischer Kriegserlängerer oder in dem toben kriegerischer Blätter, auch nicht in dem maßlosen Hochmufe preussischer Junker und dem gleichwertigen Privilegiendünkel liberalisierender Schloßbarone, wie es bei den Wahlrechtsdebatten in der Prinz-Albrecht-Straße sich bis zum Erbrecher gezeigt hat. Wer noch nicht weiß, was das größte Verdienst gebührt, das die bitteren Kriegsverhältnisse nicht alles zusammenbrechen ließen, der sei daran erinnert, daß schon vor zehn Monaten Graf Czernin es zuerkannt hat, „nicht den oberen Tausenden, sondern dem Mittelstand und vor allem den breiten Massen, den vom Schicksal Enterbten“. Sie wollen auch gehört sein, wollen nicht immer Entscheidungen über sich aus unkontrollierbaren Regionen hinnehmen, wollen nicht Objekt für die Interessenpolitik einer dünnen Schicht von Profitatleten sein.

□ □ □ □ □ Gewerkschaftsrevue □ □ □ □ □

Auf die gewerkschaftliche Rückschau der Zentralorgane der beiden hauptsächlichsten Gewerkschaftsrichtungen auf das Jahr 1917 verdient auch an dieser Stelle kurz eingegangen zu werden, zumal die daraus zu ziehenden Nutzenwendungen in die Zukunft weisen.

Das „Korrespondenzblatt der Generalkommission“ leitet seinen Rückblick ein mit einer Betrachtung der kriegerischen Entwicklung, die durch das Sinzintreten der Vereinigten Staaten von Amerika, einiger zentral- und südamerikanischer Staaten sowie Chinas eine weitere Ausdehnung erfahren hat. Ein Stück rächender Nemesis liege darin, daß von dem Kriegselend die Staaten am schwersten betroffen wurden, die sich dem Kriege gegen Deutschland erst später angeschlossen haben, und zwar um höchst eigennütziger Absichten willen. In strategischer Hinsicht sei das verlorene Kriegsjahr für die Mittelmächte ein Siegesjahr abgesehen gewesen. Heißer Dank gebühre den tapferen Söhnen unres Volkes, die mit ihren Leibern einen Schutzwall bildeten gegen fremde Sieges- und Unregionsgier. Dem Frieden ständen wir heute trotz der Ausdehnung des Krieges näher als vor Jahresfrist. Anreiz durch das näher gelicherte Verlangen der Internationalen habe sich die deutsche Arbeitererschaft in den Dienst der Friedenspropaganda gestellt, und es sei hier dabei die Genugung geworden, die Reichstagsmehrheit und selbst die Regierungen für ihre Auflassung gewonnen zu haben. Auf die innere Politik übergehend, bezeichnet das „Korrespondenzblatt“ die preussische Wahlvorlage als Prüffeld dafür, ob die Regierung die Kraft findet, ihrem Reformwillen Gel-

